

Antrag	Datum: 18.11.2010
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09 Teilentwidmung der Rostocker Häfen für Atommüll, Brennelemente und hochradioaktive Stoffe	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
01.12.2010	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Land eine Teilentwidmung der Rostocker Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen.
2. Die zuständigen Behörden und die städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen, an denen die Hansestadt Rostock beteiligt ist, über diesen Beschluss der Bürgerschaft sowie über den bereits gefassten Beschluss der Bürgerschaft 2010/DA/1689, ergänzt durch 2010/DA/1689-01, zu informieren und aufzufordern, diese zu berücksichtigen. Ebenso sind betroffene Umschlagunternehmen Dritter auf dem Stadtgebiet über die Beschlusslage in Kenntnis zu setzen und aufzufordern, diese zu berücksichtigen.

bereits gefasste Beschlüsse:

2010/DA/1689, ergänzt durch 2010/DA/1689-01

Sachverhalt:

Nach der aktuellen Stunde im Landtag vom 17.11.2010 kann vorausgesetzt werden, dass die Landesregierung ein hohes Interesse an der Unterbindung von hochradioaktiven Transporten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern hat, da nicht zuletzt die Kosten für die Absicherung dieser Transporte vom Land getragen werden müssen. Die Hafennutzung kann für bestimmte Stoffe und Produkte eingeschränkt werden, indem die Widmung der Häfen z.B. in der Hafennutzungsordnung oder in der Hafenerverordnung der Hansestadt Rostock, beschränkt wird. Da die Widmung eines Hafens auf bestimmte Nutzungen beschränkt werden kann (z.B. Fährhafen, Sportboothafen etc.), können auch durch eine Teileinziehung Nutzung und Umschlag beschränkt werden. Umschlagsbeschränkungen für radioaktive Stoffe sind bereits seit 1990 in den Lübecker Häfen umgesetzt. Aber auch in den U.S.A. sowie in Japan sind bestimmte Häfen für den An- und Abtransport von bestimmten Transportgütern, insbesondere von hoch angereichertem Uran und Plutonium, ausgeschlossen.

.....
gez. Johann-Georg Jaeger
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.

.....
gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktion Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09

